

Begründung zur Verordnung über das Naturschutzgebiet

"Schneckenstiege"

Inhaltsverzeichnis:

1	Anlass der Schutzgebietsausweisung	2
2	Gebietsbeschreibung	3
2.1	Kurzcharakteristik/Gebietsprägende Landschaftselemente	3
2.2	Abgrenzung des NSG	4
2.3	Nutzungen und Eigentumsverhältnisse	4
3	Schutzwürdigkeit	4
3.1	FFH-Lebensraumtypen und Vogelarten.....	4
3.2	Weitere Tier- und Pflanzenarten.....	5
4	Gefährdungen und Schutzbedürftigkeit	6
5	Entwicklungsziele	7
6	Übersicht über die Regelungen des Verordnungsentwurfes	8
6.1	Schutzbestimmungen (Verbote)	8
6.2	Freistellungen.....	10
6.3	Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen	18
	Anhang.....	20

1 Anlass der Schutzgebietsausweisung

Im Jahr 1992 wurde die Fauna-Flora-Habitat(FFH)-Richtlinie¹ vom Rat der Europäischen Union (EU) verabschiedet. Diese Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen dient vor allem dem Ziel der Erhaltung der biologischen Vielfalt in der EU. Sie fordert den Aufbau eines europaweiten ökologischen Netzes "Natura 2000". Im Zuge der Umsetzung der FFH-Richtlinie ist der Landkreis Rotenburg (Wümme) verpflichtet, die von der EU anerkannten FFH-Gebiete zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft zu erklären (vgl. § 32 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz² (BNatSchG)) und in einem für den Schutzzweck günstigen Zustand zu erhalten. Durch geeignete Gebote und Verbote sowie Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen ist sicherzustellen, dass den Anforderungen der FFH-Richtlinie entsprochen wird (vgl. § 32 Abs. 3 BNatSchG). Das Naturschutzgebiet (NSG) "Schneckenstiege" stellt einen Teilbereich des FFH-Gebiets "Wümmeniederung" sowie gleichzeitig einen Teilbereich des europäischen Vogelschutzgebiets (EU-Vogelschutzgebiets) "Moore bei Sittensen" dar. Das FFH-Gebiet Nr. 38 "Wümmeniederung" wurde 2004 in die Liste der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung aufgenommen und hätte bis spätestens Ende 2010 national gesichert werden. Das Gebiet wurde zwar bereits 1984 als NSG "Schneckenstiege" ausgewiesen, jedoch sind die Vorgaben und Ziele der FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie noch nicht berücksichtigt worden.

Im Jahr 2002 wurde eine Basiskartierung des FFH-Gebietes zur Erfassung der FFH-Lebensraumtypen durchgeführt, wobei auch deren Erhaltungszustand bewertet wurde. Im Rahmen der Erstellung eines Erhaltungs- und Entwicklungsplans wurde die Kartierung im Jahr 2010 nochmals überprüft, wodurch sich leichte Änderungen ergeben haben. Der überwiegende Teil der im NSG vorkommenden FFH-Lebensraumtypen befindet sich in einem mittleren-schlechten Erhaltungszustand (Erhaltungszustand C). Aufgrund der Bestimmungen der FFH-Richtlinie sind diese in einen günstigen Erhaltungszustand (mindestens Gesamterhaltungszustand B) zu überführen. Eine Verschlechterung des Zustandes ist gemäß Artikel 6 der FFH-Richtlinie verboten.

Das Vorkommen von Brutvögeln im EU-Vogelschutzgebiet wurde zuletzt bei Kartierungen im Jahr 2015 erfasst.

Der Anlass zur Ausweisung eines NSG besteht zum einen in der Umsetzung der Verpflichtungen, die sich aus der FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie ergeben und zum anderen in der weiterhin bestehenden Schutzwürdig- sowie Schutzbedürftigkeit des Gebietes, welches als bedeutsames Gebiet für Moorwälder, naturnahe Hochmoor- und Heideflächen sowie extensiv genutzte Grünlandflächen zu schützen ist. Das NSG wurde insbesondere vor seiner Unterschutzstellung vor allem durch die fortgeschrittene Entwässerung des Hochmoores sowie durch Nährstoffeinträge aus landwirtschaftlich genutzten Flächen beeinträchtigt. U.a. aufgrund des Vorkommens des prioritären FFH-Lebensraumtyps 91D0 "Moorwälder" und verschiedener weiterer FFH-Lebensraumtypen und weiterhin erfolglicher wirtschaftlicher

¹Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen).

²Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) i. d. F. vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542).

Nutzung von Flächen im Gebiet sind jedoch über die bisherige Verordnung hinausgehende Schutz- und Pflegemaßnahmen erforderlich.

Um z. B. Störungen im Lebensraum der teilweise erheblich störungsempfindlichen Vogelarten und Beeinträchtigungen der renaturierbaren Hochmoorflächen zu verhindern, ist u. a. ein Betretensverbot erforderlich, das nur über eine **Naturschutzgebietsausweisung** durchzusetzen ist. Des Weiteren sind, zum Schutz der vorkommenden FFH-Lebensraumtypen und landesweit wertvoller Biototypen, Einschränkungen der Grünlandnutzung und forstlichen Bewirtschaftung unverzichtbar. Derlei Vorgaben sind in einem Landschaftsschutzgebiet (LSG) wegen der dort gesetzlich festgelegten Beachtung der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft im hier erforderlichen Maße nicht umsetzbar. Ebenfalls ließen sich weitere bestimmte erforderliche Ge- oder Verbote im Sinne der FFH-Richtlinie, wie z. B. Durchforschungen nicht während der Brut- und Setzzeit durchzuführen, im LSG im erforderlichen Umfang rechtlich nicht begründen, da sie über die gute fachliche Praxis hinausgehen.

Für das jeweils zu sichernde Teilgebiet des FFH-Gebiets Nr. 38 "Wümmeniederung" und **EU-Vogelschutzgebiets** Nr. 22 "Moore bei Sittensen" gelten Erhaltungsziele, die im besonderen Schutzzweck der Naturschutzgebietsverordnung (siehe § 2 Abs. 4 der Verordnung) erläutert sind. Sie sollen dazu beitragen, für die betroffenen FFH-Lebensraumtypen sowie die genannten Vogelarten einen günstigen Erhaltungszustand zu bewahren oder wiederherzustellen, wie es die FFH-Richtlinie bzw. die Vogelschutzrichtlinie vorsieht. Danach sind Maßnahmen rechtlicher oder administrativer Art zu treffen, die den ökologischen Erfordernissen der FFH-Lebensraumtypen entsprechen (Artikel 6 der FFH-Richtlinie) und für die in Anhang I der Vogelschutzrichtlinie genannten wild lebenden europäischen Vogelarten eine für ihre Vitalität und ihren langfristig überlebensfähigen Bestand ausreichende Flächengröße mit ökologisch passenden Lebensräumen zu erhalten oder wieder herzustellen (Artikel 4 der Vogelschutzrichtlinie). Im Falle des Gebietes "Schneckenstiege" wird dies durch die Anpassung des NSG aus naturschutzfachlicher Sicht gewährleistet.

1994 wurde das Gebiet als landesweit wertvoll eingestuft und im Regionalen Raumordnungsprogramm von 2005 wird das Gebiet als Vorranggebiet für Natur und Landschaft eingeordnet.

2 Gebietsbeschreibung

2.1 Kurzcharakteristik/Gebietsprägende Landschaftselemente

Das NSG liegt in der naturräumlichen Einheit "Wümmeniederung" im Naturraum "Stader Geest". Es befindet sich östlich der Ortschaft Stemmen (Samtgemeinde Fintel) im Landkreis Rotenburg (Wümme).

Der nördliche Teil des Gebietes ist überwiegend von Birken- und Kiefern-Moorwald im Wechsel mit Offenlandbiotopen des Hochmoors wie Übergangsmoore und Anmoorheiden geprägt. Kleinstgewässer sind in dem Gebiet nur vereinzelt vorhanden und zudem stark verlandet. Der südliche Teil ist landwirtschaftlich genutzt und besteht überwiegend aus extensiv genutzten Weideflächen sowie einigen intensiv genutzten Grünlandflächen. Das gesamte Gebiet dient diversen Vogelarten wie z.B. Kranich, Neuntöter, Heidelerche und Waldschnepfe als wichtiges Bruthabitat.

2.2 Abgrenzung des NSG

Die Grenze des NSG orientiert sich an dem schon bestehenden NSG und dem Grenzverlauf des FFH-Gebietes Nr. 38 "Wümmeniederung" sowie des EU-Vogelschutzgebiets Nr. 22 "Moore bei Sittensen". Grundlage des Grenzverlaufes ist die präzisierte FFH-Gebietsabgrenzung des NLWKN³, bei welcher der zunächst in einem Maßstab von 1:50.000 festgelegte Grenzverlauf an die örtlichen Gegebenheiten angepasst wurde. In den Fällen, in denen die FFH-Grenze im Gelände trotzdem nicht nachvollziehbar war, wurden teilweise leichte Änderungen vorgenommen. Die NSG-Grenze wurde größtenteils auf vorhandene Flurstücksgrenzen gelegt oder an markante Landschaftsbestandteile wie Gräben, Wege und Nutzungsgrenzen angepasst. Ein ca. 10 m breiter Pufferstreifen wurde dort in das NSG mit aufgenommen, wo der FFH-Lebensraumtyp 91D0 "Moorwälder" direkt an intensiv genutzte landwirtschaftliche Flächen, die im FFH-Gebiet liegen, grenzt.

Für Bereiche, die außerhalb des NSG liegen, aber sich dennoch im FFH-Gebiet befinden, gelten die §§ 31 ff. BNatSchG unmittelbar.

Die Grenze des NSG, in der Karte als graue Linie dargestellt, verläuft auf der dem NSG abgewandten Seite der grauen Linie. Gräben und lineare Gehölzstrukturen, die von der grauen Linie berührt werden, sind Bestandteil des NSG.

2.3 Nutzungen und Eigentumsverhältnisse

Das NSG ist geprägt durch seinen zentralen Moorkomplex mit weitestgehend ungenutzten Wald- und Offenlandflächen. Etwa 86,5 ha des NSG sind landeseigene Flächen von denen ca. 23,5 ha zur extensiven Nutzung verpachtet sind. Die Flächen werden zur Offenhaltung von einer Mutterkuhherde beweidet. Hieran schließen sich westlich und südlich privateigene teils intensiv genutzte Grünlandflächen an.

3 Schutzwürdigkeit

3.1 FFH-Lebensraumtypen und Vogelarten

Bei der Basiserfassung des FFH-Gebietes Nr. 38 "Wümmeniederung" von 2002 und der erneuten Erfassung von 2010 wurden in dem geplanten NSG folgende prioritäre und übrige FFH-Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie dokumentiert:

Prioritäre FFH-Lebensraumtypen

91D0 - Moorwälder

Übrige FFH-Lebensraumtypen

3160 - Dystrophe Stillgewässer

4010 - Feuchte Heiden mit Glockenheide

7120 - Renaturierungsfähige degradierte Hochmoore

7140 - Übergangs -und Schwingrasenmoore

³Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN).

Bei der Brutvogelerfassung des EU-Vogelschutzgebiets Nr. 22 "Moore bei Sittensen" von 2015⁴ wurden in dem geplanten NSG folgende Vogelarten nach Anhang I der Vogelschutzrichtlinie dokumentiert:

Wertgebende Vogelarten

Kranich (*Grus grus*)

Übrige Maßgebliche Vogelarten

Schwarzspecht (*Dryocopus martius*)

Neuntöter (*Lanius collurio*)

Heidelerche (*Lullula arborea*)

Gartenrotschwanz (*Phoenicurus phoenicurus*)

Schwarzkehlchen (*Saxicola torquata*)

Waldschnepfe (*Scolopax rusticola*)

Naturschutzfachlich erforderliche Schutz- und Pflegemaßnahmen für die FFH-Lebensraumtypen gemäß den Vollzugshinweisen des NLWKN⁵ sowie die Lebensräume der Vogelarten fließen in die Entwicklungsziele (Kapitel 5), die Schutzbestimmungen (Kapitel 6.1) sowie die Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen (Kapitel 6.3) mit ein.

3.2 Weitere Tier- und Pflanzenarten

Neben den Vogelarten, die in Anhang I der Vogelschutzrichtlinie aufgeführt werden, sind folgende weitere Vogelarten nachgewiesen worden (Brutvogelerfassung 2015):

Feldlerche (*Alauda arvensis*)

Baumpieper (*Anthus trivialis*)

Mäusebussard (*Buteo buteo*)

Buntspecht (*Dendrocopos major*)

Goldammer (*Emberiza citrinella*)

Wiesenschafstelze (*Motacilla flava*)

Waldlaubsänger (*Phylloscopus sibilatrix*)

Dorngrasmücke (*Sylvia communis*)

Das geplante NSG ist weiterhin ein wertvoller Lebensraum für gefährdete Pflanzenarten und beinhaltet seltene Biototypen. Neben den FFH-Lebensraumtypen und den Vogelarten des EU-Vogelschutzgebiets konnten verschiedene regional bzw. landesweit nach der Roten Liste Niedersachsens (Tiefeland) gefährdete Gefäßpflanzen⁶ im Gebiet dokumentiert werden:

⁴ BIOS (2015), "Brutvogelerfassung im EU-Vogelschutzgebiet V 22 "Moore bei Sittensen" im Jahr 2015".

⁵Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), 2009/2010: Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz – Vollzugshinweise für Arten und Lebensraumtypen, Teil 1 und 3.

⁶Garve, Eckhard: "Rote Liste und Florenliste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen", 5. Fassung, Stand 01.03.2004 in Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 1/2004 des Niedersächsisches Landesamt für Ökologie.

Gefäßpflanzen

Faden-Binse (*Juncus filiformis*) Rote Liste 3 (gefährdet)

Gagel (*Myrica Gale*) Rote Liste 3

Natternzunge (*Ophioglossum vulgatum*) Rote Liste 2 (stark gefährdet)

Weißes Schnabelried (*Rhynchospora alba*) Rote Liste 3

Wasser-Greiskraut (*Senecio aquaticus*) Rote Liste 3

Moosbeere (*Vaccinium oxycoccos*) Rote Liste 3

Mehrere Wald-, Gebüsch-, Moor- und Grünlandflächen sind gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 24 NAGBNatSchG oder gemäß § 29 BNatSchG i. V. m. § 22 NAGBNatSchG geschützt. Die Bestimmungen der gesetzlich geschützten Biotope und sonstigen naturnahen Flächen werden von dieser Verordnung nicht berührt.

Zusammenfassend ist erkennbar, dass das betroffene Teilgebiet des FFH-Gebiets Nr. 38 "Wümmeniederung" und EU-Vogelschutzgebiets 022 "Moore bei Sittensen" einen wichtigen Lebensraum für einige z. T. gefährdete Pflanzenarten und diverse Vogelarten darstellt und daher Schutzmaßnahmen geboten sind.

4 Gefährdungen und Schutzbedürftigkeit

Der Bereich des Schutzgebiets wurde insbesondere vor der Ausweisung des NSG "Schneckenstiege", vor allem durch Entwässerung des Hochmoorbodens in Verbindung mit zunehmender Kultivierung und Intensivierung der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzung stark beeinträchtigt. Der Moorwald und die Hochmoorflächen wurden durch die Veränderung des Wasserhaushalts stark verändert. Seit Ausweisung als NSG bestehen weiterhin Beeinträchtigungen durch Entwässerung und Eintrag von Nährstoffen in die natürlicherweise extrem nährstoffarmen Bereiche. Aufgrund der zu niedrigen Wasserstände kommt es zudem zur Verbuschung und Bewaldung der ehemals offenen Flächen.

Zum Schutz des prioritären FFH-Lebensraumtyps 91D0 "Moorwälder" und der übrigen FFH-Lebensraumtypen 3160 "Dystrophe Stillgewässer", 4010 "Feuchte Heiden mit Glockenheide", 7120 "Renaturierungsfähige degradierte Hochmoore" und 7140 "Übergangs- und Schwingrasenmoore" vor Beeinträchtigungen und zum Schutz der vorhandenen gesetzlich geschützten Biotope und sonstigen naturnahen Flächen bedarf es einer Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung auf Teilen der im Schutzgebiet vorkommenden Grünland- und Ackerflächen.

Zum Schutz des prioritären FFH-Lebensraumtyps 91D0 "Moorwälder" sind zusätzlich Einschränkungen der forstwirtschaftlichen Nutzung gemäß dem Erlass zur "Unterschutzstellung von Natura 2000-Gebieten im Wald durch Naturschutzgebietsverordnungen"⁷ erforderlich.

⁷ Gem. RdErl. d. MU u. d. ML v. 21.10.2015 - VORIS 28100-.

5 Entwicklungsziele

Ziele	Maßnahmen
Erhaltung und Entwicklung als Hochmoor- und Heideschutzgebiet mit den Lebensgemeinschaften und Arten des Hochmoores, der Moorheide und der Sandheide	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Betretensregelung ▪ Regelungen zur Bewirtschaftung von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen ▪ Keine weitere Entwässerung ▪ Ggf. Optimierung des Wasserhaushalts ▪ Ggf. Entkusselung
Erhaltung und Entwicklung naturnaher Wälder mit Moorwäldern und sonstigen standortheimischen Laubwaldbeständen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine weitere Entwässerung ▪ Ggf. Optimierung des Wasserhaushalts ▪ Regelungen zur forstwirtschaftlichen Nutzung
Erhaltung und Entwicklung naturnaher Moor- und Stillgewässer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherung und Optimierung eines lebensraumtypischen Wasserhaushaltes ▪ Ggf. Neuanlage von Gewässern in degradierten Teilbereichen
Erhaltung und Entwicklung von artenreichen, extensiv genutzten Grünlandflächen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Extensive Nutzung von artenreichen Grünlandflächen
Schutz und Förderung der wild lebenden Pflanzen und Tiere insbesondere der Brutvögel des Feuchtgrünlandes und der Moorbereiche	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regelungen zur landwirtschaftlichen Nutzung, insbesondere zur Bodenbearbeitung ▪ Vermeidung von Stoffeinträgen ▪ Betretensregelung sowie Regelungen zur Nutzung (Freizeit, Jagd, Forstwirtschaft) ▪ Belassen von Totholz ▪ Keine weitere Entwässerung ▪ Ggf. Optimierung des Wasserhaushalts
Erhaltung der Ruhe und Ungestörtheit des NSG	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kein neuer Wegebau ▪ Betretensregelung sowie Regelungen zur Nutzung (Freizeit, Jagd, Forstwirtschaft)

Tabelle 1: Ziele und zur Zielerreichung erforderliche Maßnahmen für das geplante NSG "Schneckenstiege"

Das besondere Erhaltungsziel für das NSG ist die Erhaltung bzw. Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der FFH-Lebensraumtypen des FFH-Gebiets und einer langfristig stabilen und überlebensfähigen Population der wertgebenden Vogelarten und weiteren maßgeblichen avifaunistischen Bestandteile des EU-Vogelschutzgebiets. Dies soll durch die Sicherung und Entwicklung der in Kapitel 3 genannten FFH-Lebensraumtypen erreicht werden.

6 Übersicht über die Regelungen des Verordnungsentwurfes

6.1 Schutzbestimmungen (Verbote)

Gemäß § 23 Abs. 2 BNatSchG sind im NSG alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des NSG oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können. Welche Handlungen dies insbesondere sein können, ist im § 3 der Verordnung aufgelistet. So soll u.a. sichergestellt werden, dass der Erhaltung und Entwicklung der Hochmoorflächen, der naturnahen Waldbestände und der Gewässer nichts entgegensteht. Da im NSG keine öffentlichen Wege vorhanden sind, darf das Schutzgebiet gemäß § 16 NAGBNatSchG nicht betreten, befahren oder auf sonstige Weise aufgesucht werden.

Das Verbot gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 Röhrichte in der Zeit vom 01. März bis 30. September eines jeden Jahres zurückzuschneiden, entspricht § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 BNatSchG. Abweichend von § 39 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG gibt es im NSG aber keine Ausnahme für Behörden wie z. B. Unterhaltungsverbände, da die Röhrichtbestände für viele Arten einen wichtigen Lebensraum darstellen und vor allem zur Fortpflanzungs- und Schlüpfzeit nicht zerstört werden dürfen.

§ 3 Abs. 1 Nr. 3 verbietet die Beseitigung und Beeinträchtigung von Landschaftselementen und anderen prägenden Gehölzen und Gehölzstrukturen. Diese linearen und punktförmigen Elemente wie z. B. Hecken, Feldgehölze, Einzelbäume, Baumreihen oder naturnahe Gebüsche sind für die gesetzlich geforderte Biotopvernetzung gemäß § 21 Abs. 6 BNatSchG notwendig und daher zu erhalten. Fachgerechte Pflegemaßnahmen zur Verjüngung des Bestandes sind in der Zeit vom 01. Oktober bis 28. Februar des Folgejahres gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 11 erlaubt. Unaufschiebbare Maßnahmen zur Herstellung der Verkehrssicherheit sind gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 12 freigestellt.

Naturnah aufgebaute Waldränder sind gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 zu erhalten. Sie bilden die Übergangszone zur freien Landschaft und sind deshalb besonders artenreich. Zudem schützt der geschlossene Waldrand den dahinter liegenden Hochwald einschließlich des typischen Waldbinnenklimas vor negativen Einflüssen von außen. Dies ist insbesondere für die Erhaltung und Entwicklung der FFH-Waldlebensraumtypen wichtig. Eine Beseitigung der Waldränder führt i. d. R. zu einer Beeinträchtigung des Waldökosystems.

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 6 sollen Veranstaltungen in dem NSG unterbleiben, da sie die Ruhe und Ungestörtheit des Gebietes beeinträchtigen können. Für Veranstaltungen, die mit dem Schutzzweck vereinbar sind, ist eine Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde möglich, die gemäß § 3 Abs. 3 mit Auflagen versehen sein kann. Gewässerschauen sind gem. § 44 Wasserverbandsgesetz vorgeschrieben und fallen daher nicht unter dieses Verbot. Diese können daher auch weiterhin im NSG durchgeführt werden.

Gemäß § 21b Abs. 1 Nr. 6 der Luftverkehrsordnung (LuftVO)⁸ ist es verboten, unbemannte Luftfahrtsysteme und Flugmodelle über NSG zu betreiben. In Niedersachsen gibt es die Möglichkeit für den Betrieb solcher Geräte über NSG bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Dezernat 33 (Luftverkehr) eine Einzelerlaubnis zu bean-

⁸ Luftverkehrs-Ordnung vom 29. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1894), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. Juni 2017 (BGBl. I S. 1617) geändert worden ist.

tragen. Zur Erteilung dieser ist eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Naturschutzbehörde erforderlich. Zur Einhaltung u. a. des Schutzzwecks gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 5 und Nr. 6 kann eine Unbedenklichkeitsbescheinigung allerdings regelmäßig nicht erteilt werden (s. § 3 Abs. 1 Nr. 10). Für bestimmte Zwecke, die auch dem Naturschutz dienen, kann die Unbedenklichkeit jedoch bescheinigt werden. Diese Fälle werden konkret in § 4 Abs. 2 Nr. 13 der Verordnung benannt.

Der in § 3 Abs. 1 Nr. 13 geforderte Mindestabstand von WEA von 1.200 m zur der Grenze des NSG wurde aus der Arbeitshilfe des NLT ("Naturschutz und Windenergie" vom Oktober 2014 sowie "Regionalplanung und Windenergie" vom 06.02.2014) als empfohlener Abstand zu EU-Vogelschutzgebieten übernommen. Dieser ist erforderlich, um das Gebiet auch für störungsempfindliche Arten weiterhin als Rückzugsraum und Brutgebiet erhalten zu können.

Forstwirtschaftliche Abfälle können z. B. Schlagabraum oder Wurzelwerk sein. Gemeint sind mit diesem Verbot aber nur die Abfälle, die in das NSG eingebracht werden. Dies wird in § 3 Abs. 1 Nr. 16 ausdrücklich verboten.

Das Verbot in § 3 Abs. 1 Nr. 17 ist erforderlich, weil der Bodenabbau erst ab 30 m² einer Genehmigung bedarf und bereits kleinere Bodenabbaumaßnahmen zu einer Beeinträchtigung des Gebietes führen können, wenn beispielsweise ein FFH-Lebensraumtyp betroffen ist.

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 18 darf Wasser aus oberirdischen Gewässern oder Grundwasser nicht entnommen werden. Ist eine Wasserentnahme für Löscharbeiten notwendig, handelt es sich um Gefahr im Verzug und ist somit zulässig.

Nach § 3 Abs. 1 Nr. 19 ist es untersagt, in die bestehenden Verhältnisse des Wasserhaushalts in der Art einzugreifen, dass es zu einer weitergehenden Entwässerung des Schutzgebietes oder von Teilflächen kommen kann. Dies kann zu Veränderungen des Grundwasserstandes führen, was wiederum erhebliche Auswirkungen auf z. B. grundwasserabhängige Ökosysteme haben könnte. Betroffen wären vor allem die Moorwälder und Moorflächen in dem Schutzgebiet.

Beim Anlegen von Sonderkulturen besteht die Gefahr der Florenverfälschung, indem die eingebrachten Arten (z. B. Amerikanische Blaubeere) die heimische Flora verdrängen. Daher ist gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 20 das Anlegen von Sonderkulturen oder Kurzumtriebsplantagen sowie die Anpflanzung von Weihnachtsbaumkulturen zum Schutz des Gebietes verboten.

Um den Schutz und die Förderung der wild lebenden Pflanzen und Tiere zu gewährleisten (siehe § 2 Abs. 2 Nr. 5), ist es gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 22 verboten, gentechnisch veränderte Organismen einzubringen, d. h. anzubauen. Gentechnisch veränderte Organismen können sich außerhalb ihres vorgesehenen Anbaugesbietes ausbreiten und verwildern und somit mit den Wildpflanzen konkurrieren und diese verdrängen. Dies würde zu einer Beeinträchtigung des besonderen Schutzzweckes führen und ist daher zu unterlassen.

Für den Erhalt der biologischen Vielfalt ist es untersagt nichtheimische, gebietsfremde oder invasive Arten im NSG auszubringen oder anzusiedeln (§ 3 Abs. 1 Nr. 23). Eine heimische Art ist eine wild lebende Tier- oder Pflanzenart, die ihr Verbreitungsgebiet oder regelmäßiges Wanderungsgebiet ganz oder teilweise a) im Inland hat oder in geschichtlicher Zeit hatte oder b) auf natürliche Weise in das Inland ausdehnt; als heimisch gilt eine wild lebende Tier- oder Pflanzenart auch, wenn sich verwilderte oder durch menschlichen Einfluss eingebürgerte Tiere oder Pflanzen der betreffenden Art im Inland in freier Natur und ohne menschliche Hilfe über mehrere Generationen als Population erhalten. Eine gebietsfremde Art ist eine

wild lebende Tier- oder Pflanzenart, wenn sie in dem betreffenden Gebiet in freier Natur nicht oder seit mehr als 100 Jahren nicht mehr vorkommt. Eine invasive Art ist eine Art, deren Vorkommen außerhalb ihres natürlichen Verbreitungsgebiets für die dort natürlich vorkommenden Ökosysteme, Biotope oder Arten ein erhebliches Gefährdungspotenzial darstellt (z. B. Drüsiges Springkraut (*Impatiens glandulifera* Royle), Japanischer Staudenknöterich (*Fallopia japonica*)).

6.2 Freistellungen

Von den Verboten in § 3 der Verordnung gibt es bestimmte Freistellungen. Zu den allgemeinen Freistellungen gehören übliche Betretensregelungen. Das Gebiet darf nur für rechtmäßige Nutzungen von Eigentümern und Nutzungsberechtigten betreten und befahren werden. Zu den Nutzungsberechtigten zählen u. a. Jagdausübungsberechtigte.

Außerdem ist das Betreten und Befahren des Gebietes für Bedienstete der zuständigen Naturschutzbehörden und deren Beauftragte, zur Erfüllung ihrer Aufgaben, freigestellt. Bedienstete anderer Behörden sowie deren Beauftragte können das Gebiet in Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben betreten. Mit Zustimmung der Naturschutzbehörde kann das Gebiet außerdem für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, zu Forschungs- und Lehrzwecken sowie zur Umweltbildung betreten und befahren werden. Freigestellt sind darunter ebenfalls Maßnahmen zur Durchführung geowissenschaftlicher Untersuchungen zum Zwecke der amtlichen geologischen und bodenkundlichen Landesaufnahme.

Freigestellt ist die Unterhaltung und Instandsetzung bisher noch funktionsfähiger Drainagen, sofern sich dadurch die Entwässerungsleistung nicht erhöht. Mit dem Begriff Instandsetzung ist auch der Austausch abgängiger bisher funktionsfähiger Drainagerohre gemeint. Im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft zur Verbreiterung des Vorgewendes erforderliche, geringfügige Erweiterungen von Verrohrungen von Gewässern oder Gräben, die nicht dem Wasserrecht unterliegen, sind freigestellt. Eine zusätzliche Verrohrung von Gewässern II. bzw. III. Ordnung (Gräben, die Grundstücke mehrerer Eigentümer entwässern) bedarf gemäß § 36 Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) einer wasserrechtlichen Genehmigung und ist daher nicht grundsätzlich freigestellt.

Die Freistellung, dass der Neubau von Weidezäunen in ortsüblicher Weise zulässig ist, umfasst ebenfalls den Bau von Zäunen zum Schutz von Weidetieren vor dem Wolf gemäß der Richtlinie Wolf des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz⁹.

Für die Auffindung von Wild vor der Mahd ist der Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen im NSG i. d. R. unbedenklich. Die für die bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Dezernat 33 (Luftverkehr) zu beantragende Einzelerlaubnis erforderliche Unbedenklichkeitsbescheinigung kann ausgestellt werden, sofern der Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen nicht im Einzelfall dem Schutzzweck widerspricht.

Freistellungen bezüglich der Gewässerunterhaltung

Die ordnungsgemäße Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung ist in der Zeit vom 01. Oktober bis 28. Februar zulässig. Die ordnungsgemäße Unterhaltung der Gewässer III. Ordnung ist

⁹ Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen und Zuwendungen zur Minderung oder Vermeidung von durch den Wolf verursachten wirtschaftlichen Belastungen in Niedersachsen (Richtlinie Wolf) - RdErl. d. MU v. 15.05.2017, Nds. MBl. 2017, 1067 - VORIS 28100.

ganzjährig freigestellt. Es gelten die Regelungen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG).

Bei der Unterhaltung von ständig wasserführenden Gräben ist der Einsatz von Grabenfräsen nicht erlaubt. Gemäß § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG ist es verboten, "ständig wasserführende Gräben unter Einsatz von Grabenfräsen zu räumen, wenn dadurch der Naturhaushalt, insbesondere die Tierwelt erheblich beeinträchtigt wird". Diese Regelung bezieht sich nur auf Gräben, die überwiegend und nicht nur zeitweise Wasser führen bzw. über einen längeren Zeitraum feucht oder nass sind, so dass von einer einem aquatischen Lebensraum entsprechenden Artenzusammensetzung ausgegangen werden kann. Betroffen sind vor allem Amphibien, Insekten und Kleinsäuger. Gruppen sind von dem Verbot des Einsatzes der Grabenfräse gemäß § 4 Abs. 3 nicht betroffen, da es sich in der Regel um keine ständig wasserführende Gräben handelt, weil sie lediglich der Oberflächenentwässerung dienen.

Freistellungen bezüglich der Jagd

Um störungsempfindliche Großvögel nicht während der Brut- und Aufzuchtzeit zu stören, darf die Umgebung von Brutplätzen vom 15. Februar bis zum 30. Juni im Umkreis von 300 m nur zur Einzeljagd und mit kurz angeleinten Jagdhunden betreten werden. Eine Nachsuche bleibt jedoch erlaubt. Mit dem Begriff "störungsempfindliche Großvögel" sind die Arten Kranich, Seeadler und Schwarzstorch gemeint.

Die Neuerrichtung von fest mit dem Boden verbundenen jagdlichen Anlagen (d.h. mit Fundament) bedarf einer vorherigen Zustimmung der Naturschutzbehörde. Der Zustimmungsvorbehalt stellt sicher, dass die Anlage dieser Einrichtungen nicht dem Schutzzweck der Verordnung zuwiderläuft. Ist dies nicht der Fall, stimmt die zuständige Naturschutzbehörde der Neuanlage zu.

Die Anlage von Wildäckern und Fütterungen kann zu einer Veränderung der Florenzzusammensetzung sowie ggf. zu Nährstoffeinträgen in die Hochmoorgebiete führen, was dem Schutzzweck der Verordnung widerspricht und daher auszuschließen ist. Da eine Aufstellung von Jagdhütten das Landschaftsbild verändert, ist diese ebenfalls verboten.

Zum Schutz der Vogelbruten, v.a. der Wiesenvögel, vor Prädatoren ist die Fallenjagd weiterhin zulässig. Um eine Gefährdung von geschützten Tierarten auszuschließen, ist diese jedoch nur mit Lebendfallen oder selektiv fangenden Totschlagfallen erlaubt, erlaubt, die den Fischotter nicht gefährden. D. h., die Einlaufgröße der Fallen sollte 85mm nicht überschreiten. So lassen sich z. B. Mink, Iltis, Steinmarder, Ratten usw., nicht aber fuchsgroße Tiere wie Fischotter fangen.

Kirrungen dürfen nicht an Standorten angelegt werden, auf denen sich wertvolle Pflanzenbestände oder Lebensstätten gefährdeter Tierarten befinden, um diese nicht zu beeinträchtigen. Um den Schutzzweck gemäß § 2 der Verordnung zu sichern, dürfen Kirrungen z. B. nicht auf Heide- und Torfmoosgesellschaften sowie in feuchten Senken angelegt werden. Um dies sicherzustellen, ist die Anlage von Kirrungen fünf Werktage vorher der zuständigen Naturschutzbehörde anzuzeigen.

Der Beunruhigungs- und Störungseffekt durch die Jagd wird mit den vorliegenden Auflagen insgesamt auf das verträgliche Maß reduziert, sodass die langfristige Sicherung des Teils des EU- Vogelschutzgebiets 22 "Moore bei Sittensen" als attraktiver Brutraum der wertbestimmenden Art Kranich (*Grus grus*), sowie der weiteren maßgeblichen Vogelarten des Gebiets erreicht werden kann.

Freistellungen in Bezug auf die natur- und landschaftsverträgliche landwirtschaftliche Bodennutzung gemäß § 5 BNatSchG

Der Schutz von extensiv genutzten, artenreichen Grünlandflächen ist ein Schutzzweck der Verordnung. Deshalb sind Regelungen zur landwirtschaftlichen Nutzung erforderlich, die den Erhalt der schützenswerten Flächen als Lebensraum für seltene oder gefährdete Pflanzenarten als auch für die Wiesenvögel und weitere an derartige Flächen gebundene Tierarten gewährleisten.

Die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung rechtmäßig bestehender Acker- und Grünlandflächen nach guter fachlicher Praxis gemäß § 5 BNatSchG ist unter bestimmten Voraussetzungen freigestellt. Wildäcker sind keine Ackerflächen, sondern gehören gemäß § 2 Abs. 4 Nr. 1 des Nds. Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG¹⁰) zum Wald.

Die im Folgenden aufgelisteten Vorgaben sind zum Schutz des Gebietes, insbesondere der Grünlandflächen, erforderlich.

Bei der grau dargestellten Fläche handelt es sich um eine Ackerfläche. Dort ist die landwirtschaftliche Nutzung als Acker freigestellt, sofern keine Geflügelhaltung erfolgt, kein Geflügelkot und keine Geflügelgülle eingesetzt wird und das vorhandene Bodenrelief nicht durch Verfüllen oder Aufschütten von Bodensenken und -rillen erfolgt. Eine Veränderung des Bodenreliefs durch Verfüllung von Bodensenken, -mulden und -rillen ist nicht zulässig, da durch Vertiefungen innerhalb einer Fläche unterschiedliche Standortverhältnisse v. a. hinsichtlich der Bodenfeuchte herrschen, was die Wertigkeit der Flächen als Lebensraum für verschiedene Arten steigert. Das Verbot bezieht sich nicht auf bodenbearbeitende Maßnahmen wie Walzen, Striegeln und Schleppen. Ebenso ist das Einebnen und Planieren von kleinen Flächen z.B. zur Beseitigung von Wildschäden und Fahrspuren nicht untersagt. Diese beiden Auflagen gelten ebenso auf allen weiteren landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Auf allen rechtmäßig bestehenden und genutzten Grünlandflächen ist die landwirtschaftliche Nutzung unter Beachtung der Vorgaben aus § 4 Abs. 5 Nr. 2 freigestellt. Zur Erhaltung des Charakters des Gebietes und der dort vorhandenen Grünlandflächen ist der Umbruch von Grünland nicht erlaubt. Gemäß Artikel 45 Abs. 1 der Verordnung Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.12.2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik [...] ¹¹ i. V. m. § 15 Direktzahlungen-Durchführungsgesetz ¹² handelt es sich bei den Grünlandflächen im NSG um sogenanntes "umweltsensibles Grünland", da sie sich innerhalb eines FFH-Gebiets befinden. Dort ist für Bezieher von Direktzahlungen der EU eine Umwandlung oder ein Umbruch im Sinne von Pflügen und Fräsen ¹³ zur Grünlanderneuerung unabhängig von der NSG-Verordnung grundsätzlich verboten. Die NSG-Verordnung

¹⁰Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) i. d. F. vom 21. März 2002 (Nds. GVBl., S. 112).

¹¹Amtsblatt der Europäischen Union, L 347 vom 20.12.2013, S. 640f.

¹²Direktzahlungen-Durchführungsgesetz vom 9. Juli 2014 (BGBl. I S. 897), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2370) geändert worden ist.

¹³Schriftliche Auskunft der Landwirtschaftskammer Niedersachsen vom 02.03.2017.

konkretisiert diese Bestimmung, da ein Grünlandumbruch im Sinne von Pflügen und Fräsen die Flora und Fauna erheblich beeinträchtigen würde.

Es ist ein mindestens 2,5 m breiter Uferrandstreifen entlang der Gewässer II. Ordnung und ein mindestens 1 m breiter Uferrandstreifen entlang der Gewässer III. Ordnung, gemessen von der Böschungsoberkante, von der Nutzung auszunehmen, damit diese vor Stoff- und Sedimenteinträgen geschützt werden. Diese Regelung gilt **nicht** für Gräben, einschließlich Wege- und Straßenseitengräben als Bestandteil von Wegen und Straßen, die dazu dienen, die Grundstücke von **nur einem** Eigentümer zu bewässern oder zu entwässern (vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 1 NWG). Gewässer II. Ordnung sind gemäß § 39 NWG die nicht zur I. Ordnung gehörenden Gewässer, die wegen ihrer überörtlichen Bedeutung für das Gebiet eines Unterhaltungsverbandes in einem Verzeichnis aufgeführt sind, das die Wasserbehörde als Verordnung aufstellt. Gewässer III. Ordnung sind gemäß § 40 NWG diejenigen oberirdischen Gewässer, die nicht Gewässer I. oder II. Ordnung sind. Die zuständige Naturschutzbehörde kann gemäß § 4 Abs. 5 Satz 2 der Verordnung nach vorheriger Abstimmung im Einzelfall Ausnahmen von dieser Regelung zulassen. Die Breite von 1 m ist als Mindestbreite zu sehen, d. h. dass es im Einzelfall je nach Örtlichkeit auch um einige Zentimeter abweichen kann. Viehtränken können z. B. nicht beliebig weit vom Gewässer angelegt werden. Somit kann an dieser Stelle von der Mindestbreite abgesehen werden. Ebenso können von dem vollständigen Nutzungsverzicht des Gewässerrandstreifens Ausnahmen zulässig sein, wenn das Entwicklungsziel auf einer bestimmten Fläche z. B. eine Hochstaudenflur ist. In diesem Fall ist eine einschürige Mahd sinnvoll.

Beim Ausbringen von Dünger auf Grünlandflächen ist ein Abstand von 5 m zur Böschungsoberkante der Gewässer II. und III. Ordnung einzuhalten, um diese vor Nährstoffeinträgen zu schützen. Wenn abdriftmindernde Techniken wie z. B. Schleppschauch- oder Schleppschuhverfahren beim Ausbringen von Dünger angewendet werden, gilt dieser Schutzabstand nicht, sondern es muss lediglich der in § 4 Abs. 5 Nr. 2b) erforderliche Abstand von 2,5 bzw. 1 m eingehalten werden.

Eine Beweidung ist nur auf trittfesten Standorten, d. h. keine grundwassernahen Standorte, und ohne Zufütterung sowie Durchtreten der vorhandenen Grasnarbe erlaubt. Eine zeitlich begrenzte Anfütterung (z. B. 3 – 4 Wochen im Herbst) oder eine Anlockfütterung mit kleinen Mengen, um die Tiere zu kontrollieren oder später einzufangen, ist erlaubt. Es handelt sich um eine nicht zulässige Zufütterung, wenn auf der Fläche nicht mehr genug Futter für die Tiere ist, zusätzlich z. B. Heuraufen aufgestellt werden und durch Verbleiben der Tiere auf der Fläche die Grasnarbe zerstört wird.

Mit Maßnahmen zur Grünlanderneuerung ist die **nicht wendende Bodenbearbeitung ohne Zerstörung der Grasnarbe** (z. B. Scheiben- oder Schlitzdrillverfahren) sowie die Beseitigung der Grasnarbe mit Herbiziden gemeint. Fräsen (auch Flachfräsen) und Grubbern fallen nicht unter diese Maßnahmen und sind weiterhin untersagt¹⁴. Die Maßnahmen bedürfen einer vorherigen Zustimmung der zuständigen unteren Naturschutzbehörde. Über- oder Nachsaaten auch im Schlitzdrillverfahren sind kleinflächig (max. 500 m²) erlaubt. Diese freigestellte Maßnahme dient der Verbesserung der Grasnarbe nach Wildschweinschäden oder nutzungsbedingten Schäden wie z. B. Fahrspuren.

¹⁴Schriftliche Auskunft der Landwirtschaftskammer Niedersachsen vom 02.03.2017.

Aus naturschutzfachlichen Gründen wird die Nutzung einiger Grünlandflächen zusätzlich zu den oben genannten Vorgaben, die dort ebenfalls gelten, eingeschränkt. Diese Flächen sind in der Verordnungskarte gemäß § 4 Abs. 5 Nr. 3 - Nr. 6 der Verordnung senkrecht, waagrecht oder gekreuzt schraffiert oder mit Dreiecken dargestellt. Bei diesen Flächen handelt es sich zum Teil um gemäß § 30 BNatSchG und gemäß § 29 BNatSchG i. V. m. § 22 NAGB-NatSchG geschützte Grünlandflächen, so dass Einschränkungen zur Intensität der Nutzung der Flächen sowie zum Einsatz von Düngemitteln erforderlich sind. Außerdem wird aufgrund des Vorkommens von Bodenbrütern wie die Feldlerche und die Wiesenschafstelze die maschinelle Bodenbearbeitung eingeschränkt. Eine extensive Bewirtschaftung ist auf den gesondert gekennzeichneten Flächen erforderlich, da die Artenvielfalt erhalten und bestimmte Arten gefördert werden sollen.

Bei den senkrecht schraffiert dargestellten Grünlandflächen (§ 4 Abs. 5 Nr. 3) sind Vorgaben bezüglich der Bodenbearbeitung sowie der Nutzung der Flächen erforderlich, da in diesem Bereich Brutreviere von Feldlerche und Wiesenschafstelze dokumentiert worden sind. Zum Schutz dieser Bodenbrüter sind während der Brut- und Aufzuchtzeit die maschinelle Bodenbearbeitung sowie eine intensive Bewirtschaftung mit hoher Viehdichte und/oder Mahd vor dem 16. Juni eines jeden Jahres nicht zulässig.

Für die waagrecht schraffiert dargestellte, mesophile Grünlandfläche gelten die Auflagen gemäß § 4 Abs. 5 Nr. 4. Für die Bewirtschaftung der Fläche als Mähwiese bedeutet dies, dass die Fläche erst ab dem 01. Juni eines jeden Jahres gemäht werden darf, damit die erforderliche Reproduktionsphase der Pflanzen für die Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt im Frühjahr gewährleistet wird. Bei einer intensiven Nutzung, d. h. vier- bis fünfmalige Mahd pro Jahr, liegt der erste Mahdzeitpunkt bereits Anfang Mai. Die weiteren Mahdtermine erfolgen im vier- bis sechswöchigen Abstand, wodurch eine Reproduktion der Pflanzen nur noch eingeschränkt möglich ist. Wird die Fläche beweidet, ist ebenfalls nur eine extensive Bewirtschaftung erlaubt. Es dürfen maximal zwei Weidetiere pro Hektar vom 01. Januar bis 31. Mai eines jeden Jahres auf die Fläche gestellt werden. Der Begriff Weidetiere stammt aus der Verordnung über den Erschwernisausgleich¹⁵, so dass er hier analog zu verwenden ist. Ab dem 01. Juni bis zum 31. Dezember können mehr Tiere auf die Weide gelassen werden, jedoch muss sich die Beweidung im Rahmen der guten fachlichen Praxis bewegen, was ohnehin im Sinne des Eigentümers bzw. Bewirtschafters ist. Die Einschränkung der Beweidung im Frühjahr/Sommer erfolgt aufgrund der oben erläuterten Reproduktionsphase der Pflanzen.

Bei der gekreuzt schraffiert dargestellten Grünlandfläche (§ 4 Abs. 5 Nr. 5) sind zusätzlich zu den allgemeinen Vorgaben zur Grünlandbewirtschaftung (§ 4 Abs. 2 Nr. 2 a) bis f)) die Vorgaben zum Schutz der Bodenbrüter hinsichtlich der Bodenbearbeitung und des Mahdtermins bzw. der Viehdichte einzuhalten (§ 4 Abs. 5 Nr. 3). Da es sich hier um eine gemäß § 30 BNatSchG geschützte Grünlandfläche handelt, ist zusätzlich das Einebnen und Planieren sowie die Grünlanderneuerung untersagt, da dies die Pflanzenartenzusammensetzung verändern würde.

Auf den mit Dreiecken gekennzeichneten mesophilen Grünlandflächen sind die gleichen Vorgaben zu beachten wie bei der waagrecht schraffiert dargestellten mesophilen Grünland-

¹⁵Erschwernisausgleichsverordnung - Grünland (EA-VO Grünland) vom 21.02.2014 (Nds. GVBl. Nr. 4/2014 ausgegeben am 15.02.2014).

fläche. Zusätzlich gelten jedoch ebenfalls die Vorgaben zum Schutz der Bodenbrüter, weshalb eine Mahd und eine intensive Beweidung vor dem 16. Juni nicht zulässig sind.

Auf einem 10 m breiten, gepunktet dargestellten Pufferstreifen, der an den FFH-Lebensraumtyp 91D0 "Moorwälder" grenzt ist zu dessen Schutz die Verwendung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln sowie die Kalkung untersagt. In den Vollzugshinweisen des NLWKN zu dem FFH-Lebensraumtyp 91D0 "Moorwälder" werden zum Schutz des Lebensraumtyps erforderliche Schutzabstände genannt. Die Einhaltung eines zehn Meter breiten Schutzstreifens ist unabdingbar, um den Schutz und die Verbesserung des aktuellen Erhaltungszustandes des Lebensraumtypen in dem geplanten Schutzgebiet zu gewährleisten. Für den Fall einer außergewöhnlichen Ausbreitung von unerwünschter Begleitflora im Schutzstreifen kann die zuständige Naturschutzbehörde in Einzelfällen eine Ausnahme vom Verbot des Pflanzenschutzmitteleinsatzes erteilen.

Nach Aussage des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz¹⁶ wird die Neufassung der Erschwernisgleichverordnung - Grünland voraussichtlich rückwirkend in Kraft treten. Änderungen an der Punktwerttabelle sind dabei nicht geplant. Für die Einschränkungen der landwirtschaftlichen Grünlandnutzung gemäß § 4 Abs. 5 Nr. 3 ist nach jetzigem Kenntnisstand beispielsweise ein Erschwernisgleich von bis zu 187 €/ha/Jahr (Mahd) bzw. 253 €/ha/Jahr (Beweidung) möglich. Weitere freiwillige naturschutzfachlich sinnvolle Einschränkungen, die über die Vorgaben der Verordnung des NSG hinausgehen, können z. B. über die Richtlinie Agrarumweltmaßnahmen (NiB-AUM) ausgeglichen werden.

Freistellungen in Bezug auf die ordnungsgemäße Forstwirtschaft gemäß § 11 NWaldLG

Bei den Waldbereichen handelt es sich teilweise um Flächen, die als Wirtschaftswald genutzt werden und teilweise um Anflugswald, der aufgrund von natürlicher Sukzession nach und nach entstanden ist. Dies wird bereits in der seit 1984 geltenden NSG-Verordnung deutlich, in der nur auf den in der dazugehörigen Verordnungskarte dargestellten Nadelforstflächen die ordnungsgemäße Forstwirtschaft freigestellt wurde. Auf den restlichen Flächen, bei denen es sich um "baumbestandene Flächen einschließlich des Anflugswalds" handelt, ist dagegen explizit nur die Holzentnahme im Winterhalbjahr erlaubt, jedoch keine sonstige forstwirtschaftliche Nutzung. Dies war zu Erreichung des Schutzzwecks erforderlich. Da diese Flächen seit ihrer Entstehung als Anflugswald oder baumbestandene Flächen niemals einer forstlichen Bewirtschaftung unterlagen, haben diese sich besonders naturnah entwickelt und dienen in besonderer Weise dem Schutzzweck der jetzigen Verordnung (§ 2 Abs. 2). Auf Moorflächen ist der Schutzzweck insbesondere die Erhaltung und Entwicklung der natürlichen Lebensgemeinschaften und Arten des Hochmoores sowie naturnaher Moorwälder. Eine Zuordnung dieser Bereiche zu den weitergehend freigestellten Wirtschaftswaldflächen, die Maßnahmen wie Anlage von Wegen, Rückegassen und Feinerschließungslinien, künstliche Verjüngung usw. nach sich ziehen würde, widerspricht diesem Schutzzweck und dem Schutzzweck der Förderung der Ruhe und Ungestörtheit des NSG.

¹⁶ Auskunft vom Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz per E-Mail vom 10.01.2018.

Wirtschaftswald

Auf den Forstflächen, die bereits in der alten Verordnung dargestellt sind, ist die ordnungsgemäße Forstwirtschaft gemäß § 4 Abs. 6 Nr. 1 freigestellt. Die dortigen Einschränkungen sind aus naturschutzfachlicher Sicht erforderlich, um den Schutzzweck des NSG zu erreichen.

Die Holzentnahme ist boden- und bestandsschonend durchzuführen und auf den Zeitraum 01. August bis 28. Februar beschränkt, da störungsempfindliche Arten nicht durch forstwirtschaftliche Hiebsmaßnahmen während der Brut-, Setz- und Aufzuchtzeit beeinträchtigt werden sollen. Im Einzelfall kann es in Kalamitätsfällen, aus Gründen der Bodenschonung (Trockenheit) oder tatsächlich fehlender Betroffenheit der Arten erforderlich bzw. geboten sein, schon früher mit der Holzentnahme zu beginnen. In diesem Fall ist es erforderlich, die Holzentnahme fünf Werktage vor Durchführung der unteren Naturschutzbehörde anzuzeigen (§ 4 Abs. 6 Nr. 1a).

Totholz soll in den Wäldern in einem angemessenen Umfang stehen bzw. liegen gelassen werden, da es u. a. vielen Tierarten als Unterschlupf oder Lebensraum dient. Mit Totholz werden in der Forstwirtschaft abgestorbene Bäume oder Baumteile und deren Überreste bezeichnet, die mehr oder weniger fortgeschrittene Zerfallserscheinungen aufweisen. Es wird zwischen stehendem und liegendem Totholz unterschieden. Bäume, die aufgrund biotischer oder abiotischer Ursachen frisch abgestorben sind, fallen nicht unter die Definition des Totholzes. Starkes Totholz hat einen Mindestdurchmesser von 50 cm bzw. 30 cm bei Birke und Erle und generell auf ungünstigen Standorten oder von 20 cm auf nährstoffarmen Moorböden (bei stehendem Totholz in Brusthöhe, bei liegendem am stärkeren Ende gemessen). Für die Mindestanforderung werden Stücke ab 3 m Länge gezählt.

Der flächige Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist nur nach vorheriger Anzeige (mindestens zehn Werktage vor Beginn der Maßnahmen) bei der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig, da lediglich in begründeten Einzelfällen solche Mittel eingesetzt werden sollen. Pflanzenschutzmittel wie z. B. Pestizide treffen in der Regel nicht nur die Schadorganismen, sondern schädigen außerdem andere Insekten, darunter auch stark gefährdete und besonders geschützte, oder indirekt auch solche Tiere, die sich von den vergifteten Schadorganismen ernähren. Eine Düngung der Wälder ist nicht erlaubt, da es sich bei dem Bereich insgesamt um einen Moorstandort handelt, der durch seine Nährstoffarmut gekennzeichnet ist. Eine Düngung führt in diesem Fall zu einer Verdrängung der an die Nährstoffarmut angepassten Kraut- und Moospflanzen. Startdüngungen im Rahmen einer Kulturmaßnahme sind hingegen zulässig. Eine weitere Einschränkung zur ordnungsgemäßen forstwirtschaftlichen Nutzung ist, dass der forstwirtschaftlich notwendige Wegeneu- und -ausbau nur mit Zustimmung der Naturschutzbehörde erlaubt ist. Die vorhandenen Wege reichen grundsätzlich zur Beibehaltung der bisher ausgeübten forstwirtschaftlichen Nutzung aus. Die Einschränkung dient der Verhinderung einer naturschutzfachlich nicht wünschenswerten weiteren Intensivierung der forstwirtschaftlichen Nutzung und der Zerschneidung von bisher zusammenhängenden Waldbeständen.

Anflugswald und baumbestandene Flächen

Auf sämtlichen übrigen Waldflächen ist ausschließlich die Holzentnahme ohne den Einsatz von Kahlschlägen erlaubt. Weitergehende forstliche Maßnahmen sind dagegen weiterhin

verboten (s. § 4 Abs. 6 Nr. 2). Dies entspricht einer Fortführung der bisherigen Regelung in der NSG-Verordnung von 1984.

FFH-Lebensraumtypen

Bei vielen dieser natürlich entstandenen Waldbeständen im NSG handelt es sich um den prioritären FFH-Lebensraumtyp 91D0 "Moorwälder", dessen Erhaltungszustand sich nicht verschlechtern darf. Das Ziel gemäß der FFH-Richtlinie ist die Entwicklung in einen mindestens günstigen Erhaltungszustand (Erhaltungszustand A oder B). Die Holzentnahme ist auf diesen Flächen weiter einzuschränken, da diese sonst zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes führen kann, wenn z. B. zu viel Altholz entfernt, oder auf einer zu große Fläche zeitgleich Holz entnommen wird. Daher sind zusätzlich zu den Vorgaben des § 4 Abs. 6 Nr. 2 bestimmte Regelungen gemäß des Erlasses zur "Unterschutzstellung von Natura 2000-Gebieten im Wald durch NSG-Verordnung"¹⁷ zur forstwirtschaftlichen Nutzung erforderlich.

Für den FFH-Lebensraumtyp 91D0 "Moorwälder" (auf der Karte schräg von links unten nach rechts oben dargestellt) mit Erhaltungszustand A (sehr gut) sind die Vorgaben gemäß § 4 Abs. 6 Nr. 3 anzuwenden. Bei den Flächen, die sich im Erhaltungszustand B oder C (auf der Karte von recht unten nach links oben schraffiert) befinden, sind die Vorgaben gemäß § 4 Abs. 6 Nr. 4 anzuwenden.

Es werden u.a. Angaben zur Erhaltung von lebensraumtypischen Baumarten gemacht. Die entsprechenden lebensraumtypischen Baum- und Hauptbaumarten sind im Anhang zu finden.

Altholz soll in einem angemessenen Anteil im Wald verbleiben oder entwickelt werden, da es u. a. vielen Tieren als Unterschlupf oder Lebensraum dient und sich nur aus Altholz Habitatbäume entwickeln können. Mit Altholz wird in der Forstwirtschaft ein Bestand bezeichnet, dessen Bäume regelmäßig einen Brusthöhendurchmesser (BHD) von mindestens 50 cm und/oder ein Alter von mehr als 100 Jahren aufweist. Bei Laubholz mit niedriger Umtriebszeit wie Erle und Birke liegt die entsprechende Untergrenze für den BHD bei 30 cm und für das Alter bei 60 Jahren. Als Hilfe zur Bestimmung der Zielstärke oder des Zieldurchmessers kann die Richtlinie zur Baumartenwahl¹⁸ herangezogen werden. Mit Habitatbäumen sind lebende Altholzbäume mit Baumhöhlen, Horstbäume, Kopfbäume, breitkronige Hutebäume, Bäume mit erkennbaren Faulstellen und Mulmhöhlen, abgebrochenen Kronen oder Kronen, die zu mehr als einem Drittel abgestorben sind, sowie Uraltbäume gemeint, die aufgrund ihres hohen Alters oder ihrer großen Dimensionen mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits holzentwertende Fäulnis aufweisen.

Sollte beim FFH-Lebensraumtyp 91D0 "Moorwälder" eine über die vorherigen Vorgaben hinausgehende Holzentnahme für die Entwicklung von Hochmoorflächen erforderlich sein, kann diese mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde erfolgen (§ 4 Abs. 6 Satz 3).

Gemäß der geltenden Erschwernisausgleichsverordnung für Wald in geschützten Teilen von Natur und Landschaft in Natura 2000-Gebieten wird für die Einschränkungen der Bewirt-

¹⁷Gem. RdErl. d. MU u. d. ML v. 21.10.2015 - VORIS 28100 -.

¹⁸Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 2004: Langfristige ökologische Waldentwicklung, Richtlinie zur Baumartenwahl, Heft 54.

schaftung von Wäldern des FFH-Lebensraumtyps 91D0 "Moorwäldern" kein Erschwernis- ausgleich gezahlt, da der wirtschaftliche Ertrag von Wäldern auf Moorstandorten als gering einzustufen ist. Die aus naturschutzfachlicher Sicht erforderlichen Einschränkungen oder das Verbot der wirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen werden nicht als unverhältnismäßige Einschränkung der wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten der Eigentümer angesehen (vgl. BVerwG 7 CN 1.08 zu OVG 11 A 7.05 vom 05.02.2009).

Freistellungen bezüglich naturschutzfachlicher Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

Die von der Naturschutzbehörde angeordneten und mit ihr abgestimmten naturschutzfachlichen Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen sind im NSG freigestellt. Darunter fällt beispielsweise die Freihaltung der Offenlandschaft durch Entkusseln.

Freistellungen anderer Vorschriften

Weitergehende Vorschriften bzgl. des Verbots des Frackings in NSG und Natura 2000-Gebieten gemäß §§ 23 Abs. 3 und 33 Abs. 1a BNatSchG, der gesetzlich geschützten Biotope gemäß § 29 BNatSchG i. V. m. § 22 NAGBNatSchG, 30 BNatSchG i. V. m. § 24 NAGBNatSchG, des allgemeinen Artenschutzes gemäß § 39 BNatSchG und des besonderen Artenschutzes gemäß § 44 BNatSchG bleiben von dieser Verordnung unberührt, d. h. sie gelten weiterhin.

Weitere Freistellungen

Bestehende behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder sonstige Verwaltungsakte bleiben von der Verordnung unberührt, sofern in ihnen nichts anderes bestimmt ist.

6.3 Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen

Gemäß Artikel 6 der FFH-Richtlinie müssen für die FFH-Gebiete die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen festgelegt werden. Diese können in bestehende Pläne integriert oder in eigens dafür aufgestellten Plänen (Maßnahmenblatt, Managementpläne, Pflege- und Entwicklungspläne) dargestellt werden. Wenn durch angeordnete Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen der Naturschutzbehörde Wald in eine andere Nutzungsart umgewandelt wird, ist gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 3 NWaldLG eine Genehmigung hierfür nicht erforderlich.

Die in den §§ 3 und 4 dieser Verordnung enthaltenen Regelungen entsprechen in der Regel Maßnahmen zur Erhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes der im NSG vorkommenden FFH-Lebensraumtypen. Zusätzliche Erhaltungsmaßnahmen sowie erforderliche Maßnahmen für die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der vorkommenden FFH-Lebensraumtypen, die auch der Erhaltung der Biodiversität dienen, werden nachfolgend aufgeführt. Sie wurden u. a. den Vollzugshinweisen des NLWKN für Arten und Lebensgemeinschaften entnommen und sind nicht abschließend aufgeführt.

Zwei Gewässer im NSG sind dem FFH-Lebensraumtyp 3160 "Dystrophe Stillgewässer" zugeordnet. Eines der Gewässer befindet sich in einem guten Erhaltungszustand (Erhaltungszustand B). Das andere Gewässer ist fast vollständig von einem Schwingrasen bedeckt und befindet sich in einem sehr guten Zustand (Erhaltungszustand A). Zum Schutz des FFH-Lebensraumtyps sind vor allem Entwässerungsmaßnahmen und Grundwasserabsenkungen zu vermeiden, um den lebensraumtypischen Wasserhaushalt zu sichern. Gegenfalls ist es erforderlich die Gewässer aufzulichten.

Der FFH-Lebensraumtyp 4010 "Feuchte Heiden mit Glockenheide" kommt überwiegend in einem mittel-schlechten Erhaltungszustand (Erhaltungszustand C) auf 3 ha in dem Gebiet vor. Zur Entwicklung in einen guten Erhaltungszustand sind Pflegemaßnahmen wie regelmäßiges Abziehen der Vegetationsdecke oder eine tiefe Mahd sowie evtl. eine Entbuschung erforderlich.

Der FFH-Lebensraumtyp 7120 "Renaturierungsfähige degradierte Hochmoore" ist im NSG überwiegend in einem mittel-schlechten Erhaltungszustand (Erhaltungszustand C). Zur Sicherung der insgesamt ca. 15 ha großen Flächen sind Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen erforderlich. Auf einer Fläche von ca. 3,4 ha befindet sich der FFH-Lebensraumtyp 7140 "Übergangs- und Schwingrasenmoore". Die Flächen sind überwiegend in einem mittel-schlechten Zustand (Erhaltungszustand C). Für beide FFH-Lebensraumtypen ist es wichtig die Flächen offen zu halten und regelmäßige Entkusselungsmaßnahmen sind notwendig. Weitere Entwässerungsmaßnahmen sind unbedingt zu vermeiden, gegebenenfalls sind Maßnahmen zur Wiedervernässung erforderlich.

Eine ca. 46 ha große Fläche wurde dem prioritären FFH-Lebensraumtyp 91D0 "Moorwälder" zugeordnet und befindet sich überwiegend in einem mittel-schlechten Erhaltungszustand (Erhaltungszustand C). Für die Erhaltung bzw. Verbesserung des Zustandes sind vor allem Schutz-, aber auch Entwicklungsmaßnahmen erforderlich. Die Wälder dürfen nicht gekalkt und auch nicht (weiter) entwässert werden. Diese Maßnahmen sowie Vorgaben zur Bewirtschaftung sind in der Verordnung bereits geregelt (siehe § 4 Abs. 6 Nr. 3 und 4). Die wichtigste Entwicklungsmaßnahme zur Wiederherstellung gut ausgeprägter Moorwälder ist eine Wiedervernässung.

Die Herstellung oder Sicherung von günstigen Erhaltungszuständen der FFH-Lebensraumtypen in dem NSG trägt ebenfalls maßgeblich zur Erfüllung der Anforderungen der Vogelschutzrichtlinie bei, da es sich bei den FFH-Lebensraumtypen größtenteils um die bevorzugten Habitate der Brutvögel handelt. Zusätzlich wird durch die Beruhigung des Gebiets durch weitere Einschränkungen der Nutzung eine Aufwertung des Gebiets als Habitat für die wertbestimmenden Arten und die weiteren maßgeblichen avifaunistischen Bestandteile des **EU**-Vogelschutzgebiets erreicht. Zu diesen weiteren Einschränkungen im Vergleich zur bisherigen Verordnung gehören insbesondere die in § 4 Abs. 4 geregelten Einschränkungen zur Jagd. Teilweise können artspezifische Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für einzelne Arten sinnvoll sein, um die Habitatqualität weiter zu optimieren.

Als Instrumente zur Umsetzung der in § 6 der Verordnung vorgesehenen Maßnahmen dienen insbesondere

- a) Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen der zuständigen Naturschutzbehörde,
- b) Freiwillige Vereinbarungen, insbesondere im Rahmen des Vertragsnaturschutzes,
- c) Einzelfallanordnungen nach § 15 NAGBNatSchG

Anhang

Lebensraumtypische Baumarten und Hauptbaumarten¹⁹

FFH-Lebensraumtyp 91D0 (Moorwälder)

Lebensraumtypische Baumarten/Hauptbaumarten: Moor-Birke, Sand-Birke (*Betula pubescens*, *B. pendula*), Wald-Kiefer (*Pinus sylvestris*)

¹⁹Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN): Vollzugshinweise für Arten und Lebensraumtypen - Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz.

http://www.nlwkn.niedersachsen.de/naturschutz/natura_2000/vollzugshinweise_arten_und_lebensraumtypen/vollzugshinweise-fuer-arten-und-lebensraumtypen-46103.html (Stand März 2017).